



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/717**

A09

16. Januar 2023

Seite 1 von 3

Telefon 0211 871-3374

Telefax 0211 871-163374

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

**Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023**  
**Antrag der Fraktion der SPD vom 04.01.2023 „Aktuelle Erkenntnisse über eine mutmaßliche Beteiligung eines Unternehmens aus Nordrhein-Westfalen beim Aufbau eines zensierten Internets im Iran“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich den schriftlichen Bericht zu dem TOP „Aktuelle Erkenntnisse über eine mutmaßliche Beteiligung eines Unternehmens aus Nordrhein-Westfalen beim Aufbau eines zensierten Internets im Iran“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht**  
**des Ministers des Innern**  
**für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023**  
**zu dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Erkenntnisse über eine**  
**mutmaßliche Beteiligung eines Unternehmens aus**  
**Nordrhein-Westfalen beim Aufbau eines zensierten Internets im**  
**Iran“**

Antrag der Fraktion der SPD vom 04.01.2023

Im Nachgang der Sitzung des Innenausschusses am 27. Oktober 2022 wurde den Mitgliedern des Innenausschusses am 18. November 2022 ein schriftlicher Nachbericht zum TOP „Welche Erkenntnisse gibt es über eine mutmaßliche Beteiligung eines Unternehmens aus Nordrhein-Westfalen beim Aufbau eines zensierten Internets im Iran?“ zur Verfügung gestellt (LT-Drs. 18/487). Im Rahmen dieser Berichterstattung wurde auf die Nachfrage der Fraktion der FDP, welche Behörden in die Ermittlungsarbeit eingebunden sind, über den damaligen aktuellen Sachstand informiert und im Rahmen dessen die Zuständigkeit der Bundesbehörden in diesem Sachverhalt verdeutlicht.

Zur Information des Innenausschusses hat mir das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen mit Schreiben vom 11. Januar 2023 den folgenden Beitrag für einen Bericht der Landesregierung zur Verfügung gestellt:

„Der Leitende Oberstaatsanwalt in Düsseldorf hat dem Ministerium der Justiz zu der Themenanmeldung unter dem 10. Januar 2023 im Wesentlichen Folgendes berichtet:



*„Zwischenzeitlich sind hier zwei Strafanzeigen betreffend eine mutmaßliche Beteiligung der Firma (...) beim Aufbau eines zensierten Internets im Iran eingegangen. Mit Blick auf den bei dem Generalbundesanwalt in Karlsruhe angelegten Prüfvorgang sind die Akten (...) diesem mit Bericht vom 22.12.2022 zur Übernahme vorgelegt worden. Die Akten (...) sollen ebenfalls vorgelegt werden, befinden sich indes noch im Geschäftsgang.*

*Überdies haben sich Neuerungen über die bisherige Berichtslage hinaus nicht ergeben.’*

Der Generalstaatsanwalt in Düsseldorf hat in seinem Randbericht vom 11.01.2023 mitgeteilt, gegen die Sachbehandlung des Leitenden Oberstaatsanwalts in Düsseldorf keine Bedenken zu haben. Dessen Schreiben vom 22. Dezember 2022 sei mit dortigem Randschreiben vom 6. Januar 2023 an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof zur Prüfung der Übernahme weitergesandt worden.“

Das Polizeipräsidium Düsseldorf und das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen sind in den Informationsaustausch der beteiligten Behörden eingebunden und haben die vorliegenden polizeilichen Erkenntnisse den zuständigen Bundesbehörden zur Verfügung gestellt.